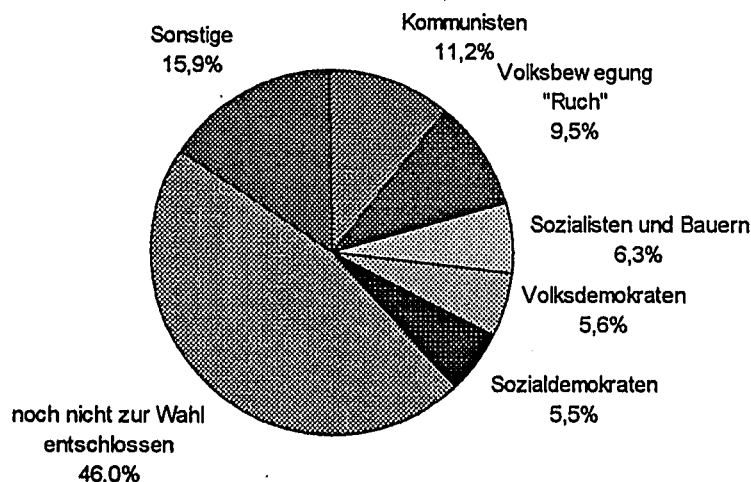


Ukraine vor den Wahlen

Am **29. März 1998** wählt die Bevölkerung der Ukraine zum zweiten Mal seit der Unabhängigkeit das Parlament – die Werchowna Rada (den Obersten Rat). Bislang hatten die Parteien nur geringe Bedeutung. Das neue Wahlrecht stärkt die politischen Parteien. Es wird das neue Parlament klarer strukturieren und damit entscheidungsfähiger machen.

Die Positionierungsmanöver des Vorwahlkampfes begannen bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1996. Sie haben die **Parteienszene belebt**; neue Parteien wurden gegründet, Bündnisse geschlossen und wieder gelöst. Insgesamt haben die politischen Parteien im Jahre 1997 an Bedeutung gewonnen.

Die Wahlchancen der aussichtsreichsten Parteien



Die Bürger sind gegenüber den Parteien distanziert. Sie sind nicht bereit, in Parteien mitzuwirken – es sei denn für Geld. Sie trauen den Parteien nicht zu, Politik im Interesse der Allgemeinheit zu machen. Entsprechend sind die Ergebnisse der Meinungsumfragen, bei denen **nur eine Minderheit klare Wahlabsichten** äußert (siehe Schaubild oben).

C 98 - 01145

Die Wahlaussichten der Parteien

Von den 30 Parteien und Partei-Bündnissen haben wahrscheinlich sechs - höchstens 10 bis 12 - die Chance, die 4% Hürde zu überspringen. Dies schließt nicht aus, daß andere mit Direktmandaten ins Parlament gelangen. Nach heutigen Schätzungen werden mit den höchsten Stimmenanteilen am Parteilisten-Wahlergebnis werden

- die **Kommunistische Partei** (16-20%), und
- die (national-demokratische) **Volksbewegung** (Narodnyj Ruch) (10-14%) ins Parlament einziehen.

Nicht in Frage gestellt wird der Einzug

- der mit der (kollektivistischen) **Bauern-Partei** verbündeten **Sozialistischen Partei**,
- der **Volksdemokratischen Partei** (mit Unterstützung des staatlichen Apparats),
- der (**vereinigten**) **Sozialdemokratischen Partei** und
- der **Hromada**, deren hohe finanzielle Investitionen sich in Stimmen auszahlen werden.

Chancen werden auch

- der Partei **Reformen und Ordnung**,
- dem Wahlblock **Nationale Front**,
- dem Wahlblock **Partei der Arbeit und Liberale Partei** sowie
- der **Agrarpartei** eingeräumt.

Zweifelhaft ist der Einzug des **Blocks Demokratischer Parteien** – NEP (National-Demokraten) und des Wahlblocks **Vorwärts, Ukraine!** (christliche Demokraten). Die **Sozialdemokratische Partei** (Jurij Buzdugan), die **Christlich-Demokratische Partei** (Witalij Zhurawskyj), die **Partei der Grünen**, die **Progressiv-Sozialistische Partei**, der Wahlblock **Die werktätige Ukraine** haben nur eine geringe Chance.

In allen **Umfragen** führt die Kommunistische Partei der Ukraine. In einer Umfrage des Kiewer Zentrums für Politische Forschung und Konflikt-Studien und des Kiewer Soziologischen Instituts (über 10 000 Personen in allen Gebieten der Ukraine), die am 9. Februar - 7 Wochen vor den Wahlen - veröffentlicht wurde, erhielten nur 5 Parteien mehr als 4% Zustimmung von 54 Prozent der befragten Personen, die angaben, ihre Stimme abgeben zu wollen und eine Entscheidung bereits getroffen zu haben (46% waren noch unentschlossen):

Kommunistische Partei	11,2 %
Volksbewegung (Ruch)	9,5 %
Block Sozialistische Partei und Bauern-Partei	6,3 %
Volksdemokratische Partei	5,6 %
Sozialdemokratische Partei (vereinigte)	5,5 %

Die Partei Hromada kam in dieser Umfrage auf nur 2,6 %.

Nach Einschätzung des Kiewer Zentrums für Politische Forschung und Konflikt-Studien, würden von den 225 Sitzen, die per Listenwahl besetzt werden, ca. 80 auf

den Linksblock, 30 auf die Rechte und 115 auf die Mitte entfallen. Die Zeitung „Djen, (Tag) veröffentlichte am 10. Februar 1998 die **Ergebnisse einer Befragung**, die vom 1. bis 5. Februar im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit dem Ukrainisches Institut für soziale Studien und dem Zentrum für Sozial-Monitoring durchgeführt worden war, und in die 300 Bürger der Hauptstadt Kiew, 50 Experten und 30 Journalisten einbezogen waren.

In einer noch nicht veröffentlichten Umfrage, die vom 20. bis 24. Januar 1998 unter der Jugend des ganzen Landes durchgeführt wurde (3000 Jugendliche zwischen 18 und 28 Jahren wurden befragt) bestätigte sich die Vermutung, daß der Anteil derer, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen wollen, unter den Jugendlichen noch höher ist als unter den Erwachsenen. Weniger als die Hälfte bekundete die Absicht, am 29. März zur Wahl zu gehen. Als Begründung für diese **politische Abstinenz** wurde am häufigsten die Sinnlosigkeit der Wahl genannt; es würde sich doch nichts ändern meinte ein Großteil der befragten Jugendlichen.

Die **vorherrschenden Themen** sind die Rückstände bei Lohn- und Rentenzahlungen sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Rentner und Veteranen werden von populistischen Parteien mit linken Losungen umworben. In Umfragen befindet sich aber auch die «Transparenz der Macht» unter den Themen, die die Bevölkerung bewegen, was darauf schließen läßt, daß der Bevölkerung die Politik nicht ganz so gleichgültig ist, wie es scheint.

Es wird mit einer Wahlbeteiligung von über 60 % gerechnet. Gemäß verschiedener Umfragen haben sich Mitte Januar 1998, zweieinhalb Monate vor den Wahlen, 40% der Wahlberechtigten noch nicht für eine der zur Wahl stehenden Parteien entschieden.



C 98 - 01145

Das neue Wahlrecht

Nach zähen Auseinandersetzungen trat am 27. September 1997 - ein halbes Jahr vor dem Wahltermin - ein **neues Wahlgesetz** in Kraft, mit dem ein gemischtes System aus Verhältnis - und Mehrheitswahl eingeführt - und das bis dato geltende, aus der sowjetischen Zeit stammende reine Mehrheitswahlrecht abgeschafft wurde. Zum ersten Mal seit 1918 stellen sich politische Parteien zur Wahl; über ihre Listen wird nach dem neuen Wahlrecht die Hälfte der 450 Sitze in der Werchowna Rada (Oberster Rat / Parlament) besetzt werden. Die andere Hälfte in direkter Personenwahl mit relativer Mehrheit.

Um dieses neue Wahlrecht wurde zäh gerungen, da sowohl auf Seiten der Präsidialadministration als auch von den demokratischen Parteien befürchtet wurde, daß die ohnehin starke kommunistische Partei von der Proportionalität profitieren würde. Ein erheblicher Teil der parteilosen Mitglieder des Parlaments lehnte das gemischte System aus Sorge um ihre Wiederwahl ab. Mehrere Entscheidungen des Verfassungsgerichtes können die Regeln des Spiels bis zum 29. März noch ändern.

Das **Verfassungsgericht** prüft gegenwärtig immer noch einige Regelungen des neuen Wahlgesetzes auf ihre Verfassungsmäßigkeit - u.a. auch die 4% Klausel. Wenn sie Bestand hat, wird ein großer Teil der Stimmen für die zentristischen Par-

teilen verloren sein. Es ist damit zu rechnen, daß 20 bis 25 % der abgegebenen gültigen Stimmen unberücksichtigt bleiben und dieser Teil der Sitze im Parlament auf die Parteien verteilt wird, denen der Einzug ins Parlament gelingt, was schwerlich mit dem Willen des Wahlvolkes in Einklang zu bringen ist.

Das alte Wahlrecht schrieb eine 50%-ige Mindestwahlbeteiligung (Quorum) vor, was zur Folge hatte, daß in vielen Wahlkreisen mehrfach nachgewählt werden mußte, und in einigen Wahlkreisen bis zum Ende der Legislaturperiode kein Kandidat gültig gewählt werden konnte. Anhängig beim Verfassungsgericht ist die Klage des Deputierten Hetman gegen die neue Regelung, nach der weder eine 50%-ige Wahlbeteiligung noch eine absolute Mehrheit für die direkte Wahl nötig ist.

Nach dem nunmehr geltenden Wahlrecht ist es möglich, sowohl auf einer nationalen Parteiliste als auch in einem Wahlkreis direkt zu kandidieren. Gegen die darin liegende Ungleichheit der Chancen derjenigen, die sich ausschließlich in einem der Mehrheitswahlkreise direkt zur Wahl stellen, klagte eine Gruppe von Deputierten vor dem ukrainischen Verfassungsgericht. Die Registrierung der Direktkandidaten wurde erst am 10. Februar abgeschlossen, die Parteilisten mit den Namen der Parteikandidaten mußten bereits am 19. Dezember 1997 registriert werden. Die Listenkandidaten hatten also mehr Zeit, sich den Wählern zu präsentieren. Ein Sprecher der Kläger erklärte, er werde sich an internationale rechtliche Instanzen wenden, sollte das ukrainische Verfassungsgericht seiner Klage nicht stattgeben.

Von den Bewerbern auf Parteilisten kandidieren 60 bis 70 % auch direkt. Sollte das Verfassungsgericht gegen diese Möglichkeit der Doppelkandidatur entscheiden, so hätte dies zur Folge, daß sich die Listen der kleineren Parteien von namhaften Kandidaten entblößten; die lokalen Potentaten würden es vorziehen, direkt zu kandidieren anstatt auf unsicheren Listen.

Die Sitzverteilung im neuen Parlament wird sich nicht nur nach den Anteilen richten, die die Parteien (und Wahlblöcke) nach dem Verhältniswahlverfahren an der Hälfte der Sitze (225 von 450) gewonnen haben werden. Von den 225 Deputierten, die direkt nach dem Mehrheitswahlverfahren ins Parlament gewählt worden sein werden, werden sich diejenigen, die keiner Partei angehören, voraussichtlich dennoch Fraktionen anschließen. Viele von ihnen haben sich dazu verpflichtet - als Preis für die Finanzierung ihres Wahlkampfes. Denn die Kosten einer Direktkandidatur liegen zwischen 100 000 und 300 000 DM. Insbesondere die Fraktion, deren Kern im neuen Parlament die Deputierten der Partei Hromada bilden werden, wird von Investitionen in parteilose Direktkandidaten profitieren.

Das neue Wahlrecht begünstigt die Kommunisten. Die Regierung warnt vor der roten Rache. Sollten die Kommunisten aus den Wahlen mit einer überwältigenden Mehrheit hervorgehen, wäre ein coup d'Etat, eine Suspendierung des neuen Parlaments durch den Präsidenten mit der Begründung der Gefahr für die Souveränität der Ukraine und für Freiheit der Wirtschaft vorstellbar.

Ein zersplittertes Parteienspektrum

Beim Justiz-Ministerium sind 55 politische Vereinigungen als Parteien registriert. Beim Zentralen Wahl-Komitee wurden bis zum 19. Dezember 1997 21 Parteien sowie 9 «Wahlblöcke» registriert; zugelassen zu den Wahlen am 29. März 1998 sind somit 30 Parteien und Wahlbündnisse. Voraussetzung für die Zulassung war die Vorlage von mindestens 200 000 Unterschriften in 15 Gebieten (Oblast). Die Zahl 200 000 erwies sich als eine niedrige Hürde, zumal die Möglichkeit bestand, aus der Unterschriftensammlung ein flottes Geschäft zu machen.

Liste der registrierten Parteien und Wahlböcke

1.	Gesamtukrainische Vereinigung „Hromada“ (Kommune)
2.	KPU - Kommunistische Partei der Ukraine
3.	Ruch - Volksbewegung der Ukraine
4.	Wahlblock Partei der Arbeit und Liberale Partei – gemeinsam !
5.	Wahlblock Sozialistische Partei und Bauern-Partei Für Wahrheit, Volk und die Ukraine!
6.	Partei „Reformen und Ordnung“
7.	Volks-demokratische Partei
8.	Agrar-Partei der Ukraine
9.	SDPU (O) - Sozialdemokratische Partei der Ukraine (Vereinigte)
10.	Wahlblock der Parteien „Nationale Front“ (Kongreß der ukrainischen Nationalisten, Ukrainische konservative republikanische Partei, Ukrainische republikanische Partei)
11.	Block demokratischer Parteien (Volksmacht, Wirtschaft, Ordnung)
12.	Wahlblock „Vorwärts, Ukraine!“
13.	SDPU - Sozialdemokratische Partei der Ukraine
14.	Wahlblock „Die werktätige Ukraine“
15.	Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine
16.	Christlich-demokratische Partei
17.	Republikanisch-Christliche Partei
18.	Gesamtukrainische Partei der Werktätigen
19.	Progressiv-sozialistische Partei der Ukraine
20.	Wahlblock „Europäische Wahl der Ukraine“
21.	Partei der Grünen der Ukraine
22.	Wahlblock SLV – Sozial-liberale Vereinigung
23.	Partei des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts
24.	Partei der nationalökonomischen Entwicklung der Ukraine
25.	Wahlblock „Weniger Worte“
26.	Partei der Verteidiger des Mutterlandes
27.	Ukrainische Nationale Versammlung
28.	Partei Union
29.	Gesamtukrainische Partei Frauen – Initiativen
30.	Moslemische Partei der Ukraine

Quelle: Politischer Kalender, Sonderausgabe Nr.5, Januar 1998, herausgegeben vom Institut für die postkommunistische Gesellschaft mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein Kriterium für die Kategorisierung der Parteien und Wahlblöcke nach ihrem Potential ist die Anzahl von Kandidaten auf ihren Listen. Sie ist ein Indiz für die personellen Ressourcen und läßt weitergehende Schlüsse zu. Nach diesem Kriterium sind oben die Parteien und Wahlblöcke, die sich am 29. März 1998 zur Wahl stellen, aufgeführt.

Politisches Spektrum und Partei-Typen

Die Gewichte auf der Rechts-Links-Skala sind - im Vergleich zu dem westlichen Europa - stark **nach links verschoben**, da die orthodoxen Kommunisten – im gegenwärtigen Parlament verteilt auf vier Parteien – ein Drittel der Mandate innehaben und im zukünftigen Parlament wohl auch wieder erreichen werden. Die radikalen Nationalisten sind dagegen eine marginale politische Kraft - und die national-demokratischen Kräfte (Volksbewegung der Ukraine) erreichen nur die Hälfte der Stärke des Linken Blocks. Links bedeutet in der Ukraine gegenwärtig konservativ im Sinne von Erhaltung bzw. Wiederherstellung sowjetischer Strukturen. Zwei Drittel liegen sozusagen rechts von der Mitte. Zwischen den zentristischen Kräften und den struktur-konservativen linken Kräften gibt es nur einen schmalen programmatischen Übergang. Er wird von der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine unter dem Vorsitz von Jurij Buzdugan sowie von der Partei „Die werktätige Ukraine“ (Trudowa Ukrajina) eingenommen, die sich links von den Sozialdemokraten positioniert und ähnlich schwache Wahlaussichten wie diese aufweist.

Außer den struktur-konservativen linken Parteien sind die ukrainischen Parteien **programmatisch schwach profiliert**. Die klassischen europäischen Namen, die einige von ihnen führen, sind Etiketten, die nicht in allen Fällen den Inhalt eindeutig bezeichnen. Zahlreich sind die Auf- und Abspaltungen, die dazu geführt haben, daß die Parteien mit klassischen Attributen im Namen - wie kommunistisch, sozialistisch, sozialdemokratisch, christlich-demokratisch, liberal, republikanisch etc. - mehrfach registriert sind.

Einige Parteien haben mit nahestehenden gesellschaftlichen Vereinigungen **Vorwahl-Bündnisse** gebildet - wie z.B. die „Ruch“ u.a mit dem „Kongreß der ukrainischen Intelligenz“ und mit „Proswita“.

Das Vorwahl-Bündnis „Brücke“ (ukr. Mist) ist auseinander gebrochen. Die (vereinigte) Sozialdemokratische Partei wagt den Alleingang, die Partei der Arbeit hat sich mit der Liberalen Partei verbündet und die Demokratische Partei bildet den Kern des **Blocks demokratischer Parteien – NEP**.

Eher persönliche Rivalitäten haben die christlichen Demokraten in vier Parteien geteilt. Zwei haben sich mit mehreren gesellschaftlichen Vereinigungen zum Wahlblock **Vorwärts, Ukraine!** verbündet, zwei stellen sich getrennt zur Wahl:

- die **Christlich-Demokratische Partei** und
- die **Republikanisch-Christliche Partei – NEP**.

Die vier Parteien der **orthodoxen Linken** propagieren die Wiederherstellung der sowjetischen Systems - in verschiedenen Graden - und die Wiederherstellung der Union der ehemaligen Sowjet-Republiken - in verschiedenen Formen. Nur wenige

Parteien haben Basis-Organisationen in den Gebieten (Oblast). Angaben über die Anzahl der Mitglieder sind durchweg unglaublich.

Die **zentristischen Parteien** sind ebenfalls durchweg schlecht organisiert und verfügen kaum über funktionierende Basisorganisationen in den Gebieten (Oblast). Den Angaben der Parteien über die Mitgliederstärke ist auch nicht zu trauen.

Ein Teil der Parteien sind **Regionalparteien** mit Präsenz nur in wenigen Gebieten (Oblast), wie z.B. die Liberale Partei im Gebiet Donetzk. Selbst die beiden stärksten Parteien haben stark unterschiedliche Gewichte in den Landesteilen: Die Volksbewegung (Narodnyj Ruch) ist z.B. stark im Westen, die Kommunistische Partei im Osten und auf der Krim.

Einige politische Parteien repräsentieren vor allem wirtschaftliche Interessengruppen (clans). Ihnen geht es um **politische Macht zur Sicherung ökonomischer Interessen**. So sollen z.B. hinter der Liberalen Partei Stahl-Interessen stehen. Hinter einigen Neugründungen der letzten zwei Jahre liegt angehäuften schwarzes Geld, das politischen Schutz sucht, wie J. Busdugan behauptet. Der Parteityp „politischer Club“, der in den Anfangsjahren der Demokratie eine gewisse konstitutive Bedeutung hatte (so für die Sozialdemokraten), ist untergegangen, nachdem die Geschäftswelt die Politik entdeckt hat.

In der präsidentialen Demokratie der Ukraine gibt es keine Regierungspartei. Der vom Volk gewählte Präsident - er gehört keiner Partei an - ernennt den Premierminister. Diese Ernennung muß vom Parlament bestätigt werden. Wohl aber gibt es eine **Quasi-Regierungspartei**, die „**Volks-demokratische Partei**“, (treffender übersetzt als Demokratische Volkspartei,) deren Vorsitzender der gegenwärtige Premierminister Walerij Pustowojtenko ist, und der mehrere Minister und Beamte aller Ebenen der staatlichen Verwaltung angehören.

Alle Parteien erklären sich zu Oppositionsparteien, d.h. in **Opposition zu Präsident Leonid Kutschma**. Unterschieden wird zwischen konstruktiver Opposition (z.B. SDPU(o) - Onopenko) und radikaler Opposition (z.B. SDPU – Buzdugan). Selbst die Quasi-Regierungspartei NDPU mag sich nicht als pro-präsidential einstufen lassen - aus Sorge, Opfer einer anti-präsidentialen Stimmung zu werden. Die Rolle einer Regierungspartei, d.h., einer Partei an der Regierung, kann sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sowie so nicht spielen. Der Begriff Partei der Macht als Gruppe der de facto an der Macht beteiligten Personen kommt außer Gebrauch.

Die beiden Sozialdemokratischen Parteien der Ukraine

Ende der 80er Jahre hatten sich in mehreren Städten der Ukraine Gruppen von Personen gebildet, die sich als Sozialdemokraten verstanden. Auf einer Zusammenkunft im März 1990 in Kiew wurde die Gründung einer sozialdemokratischen Partei beschlossen. Im Mai 1990 fand in Kiew der Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) statt. Zum Vorsitzenden wurde M. Suhonjako gewählt.

Eine andere sozialdemokratisch orientierte Gruppierung gründete zur gleichen Zeit die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (OSDPU; O steht für ob-jednana/vereinigte). Zu ihrem Vorsitzenden wurde Andrij Nossenko gewählt.

Auf dem **II. Parteitag der SDPU im Dezember 1992** vereinigten sich diese beiden Parteien. Zum Vorsitzenden der - nunmehr wirklich vereinigten, aber nicht so genannten - Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) wurde der Abgeordnete der Werchowna Rada, Jurij Sbitnjew gewählt. Auf dem V. Parteitag der SDPU im September 1993 schlossen sich ihr sozialdemokratisch orientierte Teile der Partei der Wiedergeburt der Ukraine an.

1994 zerbrach die SDPU wieder in zwei Parteien, die beide für sich den Namen SDPU reklamierten: die SDPU unter dem Vorsitz von Jurij Sbitnjew, der in den Wahlen dieses Jahres seinen Sitz im Parlament verloren hatte, und die SDPU unter dem Vorsitz von Jurij Buzdugan, der 1994 ins Parlament gewählt worden war.

Die SDPU/Sbitnjew vereinigte sich im Januar 1995 mit der „Partei der Gerechtigkeit“ (Vorsitzender M.Hretschka) und mit der „Partei der Menschenrechte“ (Vorsitzender **W. Onopenko**, der zu dieser Zeit Justizminister war). Auch bei dieser Vereinigung handelte es sich eher um einen kollektiven Übertritt, denn der Name SDPU wurde beibehalten. Zum Vorsitzenden dieser erweiterten SDPU wurde W. Onopenko gewählt.

In dem vor Gericht ausgetragenen **Streit um den Namen SDPU** siegte J. Buzdugan. Seine Partei wurde im Februar 1996 offiziell als Sozialdemokratische Partei der Ukraine im Parteiregister des Justizministeriums registriert. W. Onopenko war inzwischen von S. Holowatyj in diesem Amt abgelöst worden. Die andere sozialdemokratische Partei unter dem Vorsitz von W. Onopenko wurde im Juli 1996 unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte)“ (SDPU(o)) registriert.

Der Vorsitzende der SDPU **Jurij Buzdugan** ist Deputierter der Werchowna Rada und Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik und Arbeit, in welchem Kommunisten und Sozialisten die Mehrheit haben. Die Differenzen zwischen den beiden ukrainischen sozialdemokratischen Parteien lassen sich nicht auf die persönliche Rivalität zwischen J. Buzdugan und W. Onopenko reduzieren. Es sind auch nicht so sehr die Nachwehen der gerichtlichen Auseinandersetzung um den Parteinamen, die einer Vereinigung der beiden Parteien im Wege stehen, sondern das unterschiedliche Verständnis von Sozialdemokratie.

Wegen der Zusammenarbeit seiner Partei mit den **Gewerkschaften**, die sich in der Kandidatenliste der Partei widerspiegelt, hält Buzdugan seine Partei für eine echte sozialdemokratische Partei europäischen Typs. Von dieser Zusammenarbeit erhofft sich die Partei Wählerstimmen. Im Oktober 1997 hat sie mit sieben Branchengewerkschaften der offiziellen Föderation Vereinbarungen getroffen:

- Kernkraft
- Schiffsbau
- Militär
- Flugzeugbau
- Automobil- und Landmaschinenbau
- Metallverarbeitung

- Elektronik.

Es erscheint jedoch fragwürdig, ob J. Buzdugan mit den Unterschriften der Vorsitzenden dieser Gewerkschaften auch die **Stimmen der Mitglieder** gewonnen hat. Auch mit neuen Gewerkschaften, so mit der Gewerkschaft der Akademie der Wissenschaften und mit der Gewerkschaft der Klein(st)-Unternehmer, hat J. Buzdugan Wahlabkommen getroffen. Weiter verspricht sich J. Buzdugan von seinen Abkommen mit verschiedenen Behindertenverbänden viele Stimmen. Auf der Liste der SDPU stehen auf Platz 3 und 4 die Vorsitzenden von zwei Branchengewerkschaften (Schiffbau sowie Automobil- und Landmaschinenbau), und auf Platz 5 steht der Vorsitzende der Ukrainischen Blinden-Gesellschaft.

J. Buzdugan hebt hervor, daß seine Partei 5 Deputierte im Parlament habe. Sie gehören verschiedenen Fraktionen an, bilden aber einen parlamentarischen Club, dessen Sprecher Mykola Karnauch ist, der den zweiten Platz auf der Parteiliste einnimmt.

Die Partei von W. Onopenko hat (seit Januar 1998) zwei Deputierte im Parlament. Die Anzahl der Abgeordneten im alten Parlament erscheint allerdings völlig belanglos für die kommenden Wahlen zum neuen Parlament. W. Onopenko setzt auf klingende Namen. Die Liste seiner Partei wird daher von **Leonid Krawtschuk**, dem ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine angeführt. Im Vergleich mit diesem Glanz schimmert die Liste der Partei von J. Buzdugan nur matt.

Der **XII. außerordentliche Parteitag** der (vereinigten) Sozialdemokratischen Partei fand im Dezember 1997 hinter verschlossenen Türen statt. Die stärkste Regionalorganisation der Partei, die des Oblast Donetzk, namentlich deren Vorsitzender Kostjantyn Fissenko, soll sich vehement dagegen ausgesprochen haben, daß Leonid Krawtschuk die Liste der Partei anführt und soll einen der vorderen Plätze für den Gewerkschaftsführer Jurij Pywowarow gefordert haben.

Die **(vereinigte) Sozialdemokratische Partei der Ukraine** umfaßt ein breites, sozial-liberales Spektrum sowie eine Reihe von geläuterten ehemaligen Angehörigen der kommunistischen Nomenklatur. W. Onopenko nennt den sozial-liberalen Pragmatismus seiner Partei sozialdemokratisch und rechtfertigt dies mit dem Hinweis auf die modernisierte, entideologisierte Labour Party von Tony Blair. J. Buzdugan hat dagegen einerseits den klassischen demokratischen Sozialismus der französischen Parti Socialiste zum Vorbild, andererseits die soziale Partnerschaft deutscher Provenienz als gesellschaftliches Leitbild vor Augen. In der Verbindung von sauberen Unternehmen und Gewerkschaften sieht J. Buzdugan eine Alternative zum gegenwärtigen System.

Die SDPU von J. Buzdugan – nicht aber die SDPU(o) von W. Onopenko – ist Mitglied im Ausschuß Mittel- und Osteuropa der **Sozialistischen Internationale**, für den die SDPU ein Bulletin herausgibt. Weder die SDPU von J. Buzdugan noch die SDPU(o) von W. Onopenko hat einen formalen Status in der SI. Beide Parteien werden zu Konferenzen der SI sowie zu den Kongressen einiger sozialdemokratischer Parteien eingeladen. J. Buzdugan spricht leidlich französisch und kultiviert seine Frankophonie, was ihm die Unterstützung der Parti Socialiste sichert. Unterstützung

erhält die SDPU von J. Buzdugan auch von den niederländischen Sozialdemokraten.

Im Oktober 1997 gab es zwischen J. Buzdugan und W. Onopenko (und J. Martschuk) Gespräche über eine **gemeinsame Aufstellung von Kandidaten**. J. Buzdugan hat angeblich nur eine Bedingung gestellt, nämlich daß die Sozialdemokraten sich in Opposition zum existierenden Regime stellen sollten. Diese Bedingung sei abgelehnt worden - wohl unter dem Einfluß von Herrn W. Kremin, dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Präsidialadministration, der auf Platz 7 der SDPU(o) Liste steht. Des weiteren sei W. Onopenko nicht bereit gewesen, 40% der Plätze auf einer gemeinsamen Liste der Partei von J. Buzdugan zu überlassen. Aus der Sicht von W. Onopenko scheiterte die Übereinkunft genau an dieser Bedingung, die J. Buzdugan an die gemeinsame Liste stellte, die nach Auffassung von W. Onopenko nicht den wirklichen Einflußverhältnissen entspricht. Tatsächlich hat sich auch seine (vereinigte) Sozialdemokratische Partei der Ukraine zu einer Oppositionspartei erklärt.

Aus der Bereitschaft J. Buzdugans, sich mit Onopenko zu arrangieren, läßt sich schließen, daß die **inhaltlichen Unterschiede doch nicht unüberwindbar** sind, wie J. Buzdugan dies nun nach dem Scheitern der Verhandlungen zum Ausdruck bringt. Mit der SDPU(o) verfügt der zukünftige Präsidentschaftskandidat über eine tragfähige politische Basis, und die SDPU(o) wird eine der mindestens vier Parteien sein, die 1999 einen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf den Schild heben werden.

Für die Aufstellung von Direktkandidaten zum Parlament hat J. Buzdugan nach eigener Aussage Absprachen mit der **Partei der Grünen der Ukraine** und mit dem (christlich-demokratischen) Wahlblock „**Vorwärts, Ukraine!**“ getroffen. J. Buzdugan selbst weist zwar alle Spekulationen über einen Schulterschuß seiner Partei mit der Sozialistischen Partei als Wahlkampfgerede zurück. Aber der Vorsitzende der Sozialistischen Partei und Parlamentspräsident O. Moros nennt immer wieder die SDPU von J. Buzdugan, wenn er nach seinen Verbündeten gefragt wird.

Auch W. Onopenko lehnt eine **Kooperation mit der SPU** kategorisch ab. Es gebe zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei keine Unterschiede. (So hätten sie beide zusammen die Verabschiedung eines Bürgerlichen Gesetzbuches verhindert – sagt der ehemalige Justizminister W. Onopenko). Zwischen den ukrainischen Sozialdemokraten und Sozialisten gebe es keine Gemeinsamkeiten.

Alle **Umfragen** lassen erkennen, daß die (vereinigte) Sozialdemokratische Partei der Ukraine mit der Stärke einer Fraktion in das nächste Parlament einziehen wird - während die Sozialdemokratische Partei der Ukraine unter dem Vorsitz von Jurij Buzdugan an der 4% Hürde scheitern wird. Auch ob er selbst noch einmal direkt in das Parlament gewählt werden wird, ist fraglich - ja angesichts der von seinen Konkurrenten mobilisierten Ressourcen unwahrscheinlich.

W. Onopenko erwartet einen Stimmenanteil von 10%. Er verweist dabei auf die personellen und finanziellen Ressourcen seiner Partei und auf die namhaften Perso-

nen, die für sie kandidieren. (Für die Registrierung beim Zentralen Wahl-Komitee sammelte die SDPU(o) 1,7 Millionen Unterschriften.)

Die konservative Linke

Die **Kommunistische Partei der Ukraine** ist nach Programm und Rhetorik eine unreformierte, orthodoxe KP. Das schließt nicht aus, daß sich Leiter von Betrieben (rote Direktoren) in ihren Reihen befinden, die längst die Chancen des Marktes für sich entdeckt haben. Auch Geschäftsleute, deren Interessen in Rußland liegen bzw. die russische geschäftliche Interessen in der Ukraine vertreten, kandidieren auf der Liste der KPU nicht aus ideologischen, sondern aus kommerziellen Gründen, weil sich die KPU eindeutig nach Osten orientiert.

Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Ukraine ist **Petro Mykolajowytsch Symonenko**. Zu ihrer Parlamentsfraktion gehören auch einige Deputierte, die sich innerlich von der kommunistischen Orthodoxie gelöst haben, aber in der sozialen Demokratie noch keine neue politische Heimat gefunden haben – wie der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Massenmedien des Parlaments, Viktor Ponedilko. Für die kommenden Wahlen wurde er von seiner Partei folgerichtig auch nicht mehr aufgestellt.

Der KPU wird **in allen Umfragen und Befragungen der erste Platz** eingeräumt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß sie auch im neuen Parlament wieder die stärkste Fraktion bilden wird – zumal das neue Wahlrecht sie begünstigt. Das Wähler-Reservoir der KPU sind die 15 Millionen (!) Rentner, von denen allerdings nur 5 Millionen ausschließlich auf ihre Rente angewiesen sind und denen es seit dem Zusammenbruch des Kommunismus sehr viel schlechter geht als zu den Zeiten der Sowjetunion, wie auch von Vertretern der Regierung zugegeben wird.

Die **Sozialistische Partei der Ukraine** wurde als Auffang-Organisation gegründet, als die Kommunistische Partei verboten wurde. Nach der Wiedezulassung der KP wurde die SPU nicht in die KP reintegriert: sie wandelte sich aber auch nicht zu einer reformkommunistischen Partei, wie hätte vermutet werden können; sie besteht neben der KP fort - ohne sich klar von ihr abzuheben. Faktisch ist die Sozialistische Partei eine unreformierte kommunistische Partei, deren konservative Mitgliedschaft eine aufgeschlossene Führung daran hindert, die Partei zu reformieren.

Die SPU bildet im Parlament mit der konservativen, d.h., kollektivistischen **Bauern-Partei** eine Fraktion und einen Wahlblock im gegenwärtigen Wahlkampf. Es ist zu erwarten, daß dieses Parteien-Bündnis im neuen Parlament wieder als Fraktion vertreten sein wird.

Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine ist **Olexandr Moros**, der sich als Parlamentspräsident über die linken Parteien hinaus Respekt verschafft hat. Seine Ambitionen auf das Amt des Präsidenten allerdings machen ihn abhängig von den Kommunisten und verhindern die Reformierung seiner sozialistischen Partei zu einer demokratisch-sozialistischen Partei. Er sieht seine Partei als einen Teil des sozialdemokratischen Spektrums, der aber weiter nach links reicht und sich auch mit einem Teil des kommunistischen Spektrums überlappt. Sozialer Schutz der Rentner,

der Veteranen (Afghanistan), der Invaliden (Tschernobyl) und der Menschen mit niedrigem Einkommen sei das Anliegen seiner Partei.

Die SPU strebt einen Status in der SI an bzw. ist an einer **Kooperation mit der SI** interessiert. Allerdings ist die Mehrheit der Mitglieder der SPU frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei. Diese Mehrheit in der SPU würde ihrem Vorsitzenden wohl nicht auf dem Weg in die Sozialdemokratie folgen. Insbesondere durch ihre kollektivistische Position in der Frage des Eigentums an (landwirtschaftlich nutzbarem) Boden schließt sich die SPU aus der modernen Sozialdemokratie aus und ist damit auch nicht europa-kompatibel. Auch die Position der SPU gegenüber der NATO und deren Erweiterung nach Osten läßt ihre Einbeziehung in den Kreis europäischer sozialdemokratischer Parteien nicht zu.

Die Programmatik der **Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine** war schon bei ihrer Gründung, d.h. beim Austritt ihrer Vorsitzenden Natalija Witrenko aus der Sozialistischen Partei der Ukraine reaktionär. Auf einem Symposium am 29.01.98 in Kiew sagte Frau Witrenko, daß sie alle bereits privatisieren bzw. neu entstandenen privaten Betriebe (wieder) verstaatlichen, wenn sie an die Macht käme. Die in der Ukraine tätigen ausländischen Organisationen, deren Mitarbeiter sie als Spione klassifizierte, würden des Landes verwiesen. Sie beruhigte allerdings die liberalen Politiker - namentlich zwei anwesende Abgeordnete der Partei „Reformen und Ordnung“ - sie würden nicht erschossen; aber sie würden fleißig arbeiten.

Frau Natalja Witrenko, fraktionslose Abgeordnete der Werchowyna Rada und Vorsitzende der PSPU, sieht in der Ukraine gegenwärtig einen Krieg der Clans im Gange, auf dessen einen Seite Präsident Leonid Kutschma und sein Premierminister Walerij Pustowojtenko und auf dessen anderen Seite der Vorsitzende der Kommunistischen Partei P. Symonenko, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei und Parlamentspräsident O. Moros sowie der ehemalige Premierminister und Vorsitzende der Partei Hromada P. Lasarenko stehen.

Die heterogene Mitte

Die anti-kommunistische **Volksbewegung der Ukraine** (Narodnyj Ruch, kurz Ruch genannt) ist eine national-demokratische Partei; die Bewahrung der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine, die sprachliche Ukrainisierung des öffentlichen Lebens sind ihre vorherrschenden Anliegen. Sie ist klar west-orientiert.

Die **Volksdemokratische Partei der Ukraine** (Narodno-demokratytschna Partija) ist eine Partei, die sich die Exekutive in Ermangelung einer Regierungspartei - und wohl auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1999 - geschaffen hat. Ihr Vorsitzender ist der Premierminister Walerij Pustowojtenko. Der NDPU gehören auffallend viele Beamte der staatlichen Verwaltung auf allen Ebenen an.

Die einzige Partei mit überzeugender ökonomischer Kompetenz ist die Partei **Reformen und Ordnung**. Ihre Plattform, ihr Vertrag mit den Bürgern der Ukraine basiert auf dem legislativen Programm-Paket Wirtschaftswachstum 1997 zur fundamentalen Reform der Unternehmensbesteuerung, das im November 1996 von der

Regierung in das Parlament eingebracht worden war, wo diese Initiative abgeblockt wurde.

Architekt der Reform war der von westlichen Beratern geschätzte Viktor Pynsenyk, der im April 1997 aus der Regierung ausschied mit der Begründung, der Regierung (P.Lasarenko) mangle es an politischem Willen, die Reform durchzuführen. V.Pynsenyk ist (Mit-)gründer der Partei Reformen und Ordnung und deren Vorsitzender und Spitzen-Kandidat.

Die Partei „**Reformen und Ordnung**“ erklärte öffentlich ihre Absicht, eine eventuelle Präsidentschaftskandidatur von Viktor Juschtschenko, dem Präsidenten der Nationalbank der Ukraine, zu unterstützen.

Die **Agrar-Partei der Ukraine** wurde auf Initiativen aus Regierungskreisen ins Leben gerufen, um der struktur-konservativen Bauern-Partei auf dem Lande eine reform-orientierte Partei entgegenzusetzen.

Auf der extremen Rechte befindet sich noch der Wahlblock „**Nationale Front**“, dessen Namen die radikale Position seiner drei nationalistischen Parteien (Kongreß der ukrainischen Nationalisten, Ukrainische konservative republikanische Partei, Ukrainische republikanische Partei) erkennen läßt. Die Nationale Front dürfte – wenn überhaupt – nur knapp die 4 %-Hürde überspringen.

Die Gesamt-ukrainische Vereinigung Hromada (Gemeinschaft) – eine post-kommunistische Partei neuen Typs

In Präsidialkreisen wurde erkannt, daß trotz des neuen Wahlrechts, welches die Kommunistische Partei begünstigt, mit deren Machtübernahme nicht zu rechnen – und auch die beschworene rote Rache nicht zu befürchten ist. Zum emotionalen Hauptfeind der Quasi-Regierungspartei NDPU wurde über Nacht die gesamt-ukrainische Vereinigung Hromada (Wseukrajinske objednannja Hromada), die Partei des ehemaligen Premierministers und Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe Einheit, Pawlo Lasarenko.

Zwar behandeln sich die beiden Spitzenmänner und Konkurrenten um das Amt des Präsidenten in den Wahlen des Jahres 1999, Leonid Kutschma und Pawlo Lasarenko behutsam. Hauptziel der Angriffe der Hromada auf die Regierung ist der Vorsitzende der NDPU und Premierminister Walerij Pustowojtenko, der Pawlo Lasarenko in diesem Amt ablöste. Aber die beiden Parteien NDPU und Hromada befehlen sich im Wahlkampf heftiger als die national-demokratische Ruch und Kommunisten.

Aus der bedeutungslosen – nur regional in Dnipropetrowsk existenten – gesellschaftlichen Vereinigung Hromada wurde – belebt durch den ihr eingehauchten finanziellen Odem über Nacht eine landesweite Partei mit politischem Potential.

Wenn überhaupt eine der klassischen Zuordnungen auf die Hromada angewendet werden kann, dann die des wirtschaftlichen Liberalismus, der unter einem lautstarke sozialen Populismus versteckt wird. Die Selbstdarstellung als sozialdemokratisch kann nur als Wahltaktik gewertet werden. Der Vorsitzende der Hromada Pawlo

Lasarenko soll auf einem Parteitag gesagt haben, Hromada sei zwar liberal, doch da das Volk für liberale Politik nicht reif sei, müsse sie sich als sozialdemokratisch ausgeben.

Die Hromada dürfte die post-sowjetische Partei neuen Typs par excellence sein: das politische Instrument einer wirtschaftlichen Interessen-Gruppe (clan) - in diesem Fall der Erdgas-Verteilungswirtschaft (Gasprom). Der Vorsitzende der Hromada, Pawlo Lasarenko, wurde, als er noch Premierminister war, von amerikanischer Seite beschuldigt, persönlichen Profit aus seinem Amt geschlagen zu haben.

Hromada hat auf ihrer Liste 225 Kandidaten aus allen Gebieten (Oblast); davon sind 65 Unternehmer. Die Liste wird angeführt von ihrem Vorsitzenden, Pawlo Iwanowytsh Lasarenko; er ist Vorsitzender der parlamentarischen Gruppe Einheit. Auf Platz 6 steht Julija Wolodymyriwna Tymoschenko, Deputierte aus Dnipropetrowsk, die in der Zeit, als P.Lasarenko Premierminister war, Präsidentin der größten Erdgasverteilungsgesellschaft war.

Hromada wird nach ihrem wahrscheinlichen Einzug in das Parlament zusammen mit direkt gewählten Deputierten ohne Parteizugehörigkeit eine Fraktion bilden. Wie hoch die Zahl derer ist, die sich der Hromada-Fraktion anschließen werden, hängt davon ab, wie viele von ihnen sich von der hinter der Partei stehenden Finanzgruppe (Gasprom) den Wahlkampf finanzieren ließen. Die Kosten für ein Direktmandat betragen 100 000 bis 300 000 DM. Auf jeden Fall wird diese Fraktion stärker sein, als ihrem Anteil am Ergebnis der Listenwahl entspricht.

Parlamentswahlen 1998 und Präsidentschaftswahlen 1999

Der Ausgang der Parlamentswahlen am 29. März 1998 wird die Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999 beeinflussen. Die Präsidentschaftswahlen finden in ein- und einhalb Jahren, im Herbst 1999 statt. Parallel zum Parlamentswahlkampf – oder unterschwellig – läuft bereits der Präsidentschaftswahlkampf.

Es ist vorherzusehen, daß sich die Parteien im neuen Parlament nach Präsidentschaftskandidaturen gruppieren werden. Das bedeutet, daß auch bei einer rechnerischen Zweidrittel-Mehrheit die zentristischen Parteien keine politisch effektive Mehrheit zustande bringen werden. Es werden sich mindestens vier Lager bilden – wenn nicht noch weitere Präsidentschaftskandidaturen wirksam werden:

- das Lager Leonid Kutschma mit der Volksdemokratischen Partei als Kern;
- das Lager Pawlo Lasarenko mit der Partei Hromada als Kern;
- das Lager Jewhen Martschuk mit der (vereinigten) Sozialdemokratischen Partei als Kern;
- das Lager Olexandr Moros, das identisch ist mit dem Linken Block aus Kommunistischer Partei, Sozialistischer Partei und Bauern-Partei.

Der orthodoxe Linksblock will die Funktion des Präsidenten auf Repräsentation reduzieren. Offen erklärt die Linke, die Verfassung ändern zu wollen, wenn sie die dafür erforderliche Mehrheit erhalten bzw. im Parlament zusammenbringen (300 von 450) sollte. In dem Falle, daß die Linke 200 Sitze (45% über Parteilisten und Direktmandate) erringt, würden sich 100 weitere Verbündete für eine Verfassungsände-

rung finden - meint Jewhen Martschuk, selbst Aspirant auf das Amt des Präsidenten, da auch in anderen Parteien - z.B. in der Ruch - Befürworter einer repräsentativen Funktion des Präsidenten seien. Auch die (vereinigte) Sozialdemokratische Partei sei für eine parlamentarische Demokratie. Hierin wird eine mögliche Verständigung Kutschma - Martschuk erkennbar als Ausweg aus einer Konkurrenzsituation bei den Präsidentschaftswahlen 1999 - nämlich, eine (Gesicht wahrende) zweite Amtszeit L. Kutschmas als repräsentativer Staatspräsident mit J. Martschuk als vom Parlament gewählter Ministerpräsident.)